

# Europäische Sicherheit

Politik • Streitkräfte • Wirtschaft • Technik

**Das Heer – Treibende  
Kraft der Transformation**

**Militärischer  
Lufttransport**

**Amerikas Außenpolitik  
unter Barack Obama**



00012

Martin Pabst/  
Klaus Frhr. von der Ropp

# Das südliche Afrika auf dem Weg in die Krise – Teil 1

**W**ährend das westliche, zentrale und nördöstliche Afrika Schwerpunkte bewaffneter Konflikte sind, gilt das südliche Afrika mit seiner lockeren Staatengemeinschaft Southern African Development Community (SADC) seit Mitte der 1990er Jahre als Zone der Stabilität. Jahrzehntelange Kriege in Angola, Mosambik und Namibia wurden beigelegt, und in Südafrika ebte die exzessive politische Gewalt nach der Abschaffung der Apartheid ab. Die US-Forschungseinrichtung Freedom House klassifizierte 2008 mehr Staaten als in jeder anderen afrikanischen Region als »frei«, nämlich fünf (Botswana, Lesotho, Mauritius, Namibia, Südafrika). Weitere sechs Staaten wurden als »teilweise frei«, drei als »nicht frei« (Angola, Simbabwe, Swasiland) eingestuft.

Mit einem Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 278 Mrd. USD (2007) ist Südafrika die bei weitem stärkste Volkswirtschaft des Kontinents. Bei sechs Prozent der Bevölkerung bringt es ein Drittel des BIP südlich der Sahara hervor. AT Kearney's »Foreign Direct Investment Confidence Index« reihte 2007 Südafrika auf Platz 18 unter den 25 weltweit attraktivsten Investitionszielen ein. Botswana hat sich seit der Unabhängigkeit im Jahr 1966 mit stabilen Zuwachsraten von einem der ärmsten Länder weltweit zu einem Land mittleren Einkommens entwickelt und eine diversifizierte Volkswirtschaft aufgebaut. Es gilt als kreditwürdigstes Land in Afrika. Ähnlich erfolgreich sind die Inselökonomien von Mauritius und den Seychellen. Ein früheres Sorgenkind wie Angola boomt momentan mit phänomenalen Zuwachsraten (23,4% BIP-Wachstum im Jahr 2007), aber auch Staaten wie Mosambik und Sambia weisen ein hohes Wachstum auf (7,0 bzw. 6,0%).

Doch tritt zum Licht ein gehöriges Maß an Schatten. Das Wachstum konzentriert sich auf wenige Sektoren, so insbesondere den Rohstoffsektor, wo vergleichsweise wenige einheimische Arbeitsplätze geschaffen und geringe Impulse für eine landesweite Entwicklung gegeben werden. Im oberen Drittel des UNDP-Indexes Menschlicher Entwicklung waren 2007/08 gerade einmal die Seychellen auf Rang 50 und Mauritius auf Rang 65 zu finden. Hintere Mittelfeldplätze belegten Südafrika (121), Botswana (124), Namibia (125), Lesotho (138), Swasiland (141), Madagaskar (143) und Simbabwe (151). Im untersten Segment von 177 untersuchten Staaten rangieren Angola (162), Malawi (164), Sambia (165) und Mosambik (172). Die meisten Staaten



Blick auf Kapstadt.

Fotos: ES-Archiv

des südlichen Afrika werden 2015 die Weltentwicklungsziele nicht erreichen. Sie sind von hohem Bevölkerungswachstum, extrem hoher Arbeitslosigkeit, verbreiteter Armut, ausgeprägter wirtschaftlicher Ungleichheit, ungenügenden Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen, mangelhafter bzw. verfallender Infrastruktur, der Auswanderung qualifizierter Eliten und schwachen staatlichen Institutionen gekennzeichnet.

Das südliche Afrika bildet zudem den Schwerpunkt der Immunschwächekrankheit Aids. Über zwei Drittel aller HIV-Infizierten (68%) lebten 2007 in dieser Region, mehr als drei Viertel aller Aids-bedingten Todesfälle (76%) ereigneten sich hier. In sieben Ländern des südlichen Afrika überschritt 2007 der Durchseuchungsgrad der 15- bis 49-jährigen den Wert von 15%. Weltweite Spitzenplätze belegen Swasiland und Botswana; in letzterem Land wurden 2006 nicht weniger als 32% aller Schwangeren in Gebärkliniken HIV-positiv getestet. Die Immunschwächekrankheit schaltet Erwerbstätige in ihrer aktivsten Lebensphase aus. Die Folgen sind ein Mangel an qualifizierten Arbeitskräften und Beamten, hohe Belastungen des Gesundheitsbudgets, der Zerfall von Familienstrukturen und Millionen entwurzelter, ungenügend qualifizierter Aids-Waisen. Entwicklungsanstrengungen der letzten Jahrzehnte werden durch hohe HIV/Aids-Infizierungsraten zunichte gemacht.

Sozioökonomische Perspektivlosigkeit ist ein Nährboden für Kriminalisierung und Gewaltbereitschaft, wie vor allem in Süd-

afrika manifest. Frieden und Pluralismus können aber nur in einem Umfeld wirtschaftlicher Prosperität, innerer Sicherheit und staatlicher Funktionalität gedeihen. Sind diese Voraussetzungen nicht mehr gegeben, so steht die mühsam errungene politische Stabilität schnell zur Disposition. Kommen selbstsüchtige, nicht um das Gemeinwohl bemühte Führer hinzu, ist der Weg zum Abgrund nicht weit. Simbabwe mag als warnendes Beispiel dafür dienen, wie ein demokratisches verfasstes und ökonomisch prosperierendes Land binnen weniger Jahre abstürzte.

Trotz mancher positiver Indikatoren kann das südliche Afrika wieder zu einer erst-rangigen Krisenregion werden – insbesondere dann, wenn es nicht gelingen sollte, das angeschlagene regionale Kraftzentrum Südafrika zu stabilisieren. Im Folgenden sollen fünf wichtige Staaten der Region (Angola, Mosambik, Simbabwe, Südafrika, Namibia) näher betrachtet werden.

## Angola: Auferstanden aus Ruinen?

Mit der nach Südafrika zweitgrößten Volkswirtschaft und der stärksten Armee im südlichen Afrika (110.000 Mann) ist das rohstoffreiche Angola eine bedeutende Regionalmacht. Im September 2008 fanden zum zweiten Mal Parlamentswahlen statt. Die wichtigeren Präsidentschaftswahlen sind für 2009 vorgesehen.

Als die portugiesische Kolonialmacht ihre jahrhundertalte Siedlerkolonie im November 1975 fluchtartig verließ, war Angola auf die staatliche Unabhängigkeit gänzlich unvorbereitet. Hinzu kamen unüberwindbare Rivalitäten der Befreiungsbewegungen. Beim Abzug Portugals bestand in Luanda keine Regierung. Der letzte Gouverneur konnte die Souveränität über das Land lediglich »dem Volk von Angola« übertragen.

Um die Parlamentssitze bewarben sich 2008 in erster Linie zwei »Parteien«, die jahrzehntelang als Befreiungsbewegungen Movimento Popular de Libertação de Angola (MPLA) und União Nacional para a Independência Total de Angola (UNITA) gekämpft hatten, zunächst von 1961 bis 1974 gegen Portugal und anschließend gegeneinander um die Beherrschung dieses an Erdöl, Diamanten und anderen Rohstoffen reichen Landes. Der Bürgerkrieg war von Anfang an auch ein Stellvertreterkrieg. Denn die MPLA wurde von Staaten des sozialistischen Lagers (vor allem von Kuba), die UNITA von den USA, weiteren westlichen Staaten sowie von Südafrika unterstützt, das im südlichen Angola gegen die von dort aus operierende namibische Befreiungsbewegung South West African People's Organisation (SWAPO) militärisch vorging. Auch nach dem Ende des Kalten Krieges setzte die UNITA nach dem beidseitig verantworteten Scheitern von Wahlen (1992) ohne westliche Unterstützung den bewaffneten Widerstand fort. Der Bürgerkrieg endete erst mit der Erschießung ihres Anführers Jonas Savimbi am 22. Februar 2002. Inzwischen in der Regierungsarmee dienende frühere UNITA-Kommandeure hatten entscheidenden Anteil daran, dass der intransigente Guerillaführer aufgespürt und liquidiert werden konnte. Dass westliche Staaten und/oder Israel bei der Ermittlung seines Aufenthaltsorts assistiert hatten, wie von UNITA-Mitgliedern unterstellt, ist aber nicht belegt.

Angola, ein in der Kolonialzeit ohnehin nur partiell entwickeltes Land, wurde in 30 Jahren Bürgerkrieg fundamental zerstört. Millionen von Landminen wurden verlegt, deren Abbau nur langsam fortschreitet. Jährlich sterben über 100 Menschen an Minenexplosionen. Zufahrtsstraßen, Felder und Wasserstellen werden durch nicht entschärfte Minenfelder blockiert. Weder MPLA noch UNITA verfügen heute über ein klar akzentuiertes Programm. Die MPLA vertrat einst marxistische Vorstellungen. Sie repräsentiert die entwickelten Zentren und wird traditionell von der aus gebildeten Schwarzafrikanern sowie Mischlingen und Weißen bestehenden Elite getragen. Hingegen vertritt die UNITA die ungebildete schwarze Landbevölkerung mit Hochburgen im zentralen Hochland. Savimbis Programm verband sozialistische mit afro-

nationalistischen Vorstellungen und richtete sich gegen den dominierenden Einfluss von Minderheiten, auch wenn sich die von ihm geführte Befreiungsbewegung im Kalten Krieg nach außen als »pro-westlich« und »pro-weiß« geriert hatte.

Die MPLA hat ihre sozialistischen Ideale inzwischen über Bord geworfen. Ihre Führung hat sich die oft maßlose Selbstbereicherung zum Ziel gesetzt. UNITA attackierte im Wahlkampf die Korruption der Regierenden, würde im Fall einer Machtübernahme aber kaum anders verfahren. Denn Milliarden US-Dollar kann nur derjenige unterschlagen, der an den Schalthebeln der Macht sitzt. Nur er hat Zugang zu Einkünften des inzwischen größten Erdölförderlandes in Subsahara-Afrika.

Da die MPLA im Wahlkampf rigoros staatliche Mittel, Institutionen und Medien einsetzte, in manchen ländlichen Gegenden auch zu Einschüchterung griff, hatte

zum de-facto-Einparteienstaat mit starkem staatlichen Einfluss in der Wirtschaft dürfte sich nach den Wahlen eher noch verstärken als reduzieren.

Angola ist ein Schlachtfeld rabiatere Akteure, eine Demokratie kann es nach der Vorgeschichte nicht sein und ist es nicht. Für die MPLA zitiert Thomas Scheen einen Wähler mit den Worten: »Das Politbüro hat einstimmig beschlossen, diese Wahl [...] haushoch und notfalls rückwirkend zu gewinnen. [...] Daran werden Urnen nichts ändern.« (FAZ, 7.9.2008) Die UNITA dürfte ähnlich gehandelt haben, hätte sie die Gelegenheit gehabt. Immerhin regierte sie, anders als 1992, nun auf ihre Niederlage nicht mit der Wiederaufnahme des Bürgerkrieges. Denn die Angolaner sind heute kriegsmüde.

Nur in der ölreichen Exklave Cabinda erzielte die UNITA mit 31,4% ein ansehnliches Ergebnis. Dort herrscht seit 1975 un-



Anhänger der UNITA in Angola.

keine Oppositionspartei ernsthafte Siegchancen. Selbst einstige UNITA-Hochburgen votierten nun für die MPLA, da im Fall einer Stimmabgabe für die Opposition der Ausschluss von Posten und Entwicklungsvorhaben drohte. Viele Angolaner sahen in der MPLA schließlich das berechenbarere von zwei Übeln. Sie folgten ihrem Slogan »camino seguro« (sicherer Weg), anstatt sich auf das Motto »mudanca« (Veränderung) einer Partei einzulassen, die Jahrzehnte im Busch bzw. im Exil verbracht hatte. Die MPLA gewann die Wahlen haushoch mit einem Stimmenanteil von 81,6%, die UNITA wurde mit 10,4% geradezu gedemütigt (vgl. die letzten Wahlen von 1992: MPLA 53,7%, UNITA 34,1%). Die Tendenz

unterbrochen Bürgerkrieg. Die inzwischen in diverse Fraktionen zerfallene Widerstandsbewegung Frente para a Libertação do Enclave de Cabinda (FLEC) kämpft für die Unabhängigkeit des 7.270 qkm großen, von ca. 300.000 Menschen bewohnten Territoriums, das in der Kolonialzeit einen anderen Status als Angola hatte (Protektorat statt Kolonie). Nach dem Ende des Bürgerkrieges gegen die UNITA im Jahr 2002 konzentrierte die MPLA-Regierung alle Kräfte auf die Niederrückung der FLEC und hat in Cabinda 30.000 Soldaten stationiert. Unter Einsatz brutaler Repressalien auch gegen die Zivilbevölkerung konnten die Cabinda-Nationalisten bis Ende 2004 militärisch stark geschwächt werden. Fraktionen



Die angolische Nationalbank in Luanda.

der FLEC stimmten im August 2006 einer Friedenslösung und einem vage formulierten Autonomieplan zu. Doch distanzieren sich Teile der FLEC inklusive ihres Gründer Enriquez N'Zita Tiago von dem Abkommen und setzen den Guerillakrieg bis heute mit niedrigerer Intensität fort. Im Gegenzug jagt die Regierungsarmee FLEC-Führer auch auf den Territorien der Nachbarländer Demokratische Republik Kongo bzw. Republik Kongo zu Tode. Da die Cabinda-Nationalisten die Wahl boykottiert hatten, dürften viele Bewohner ihren Protest ersatzweise durch Stimmabgabe für die UNITA ausgedrückt haben.

Der von chinesischen, brasilianischen, US-amerikanischen und europäischen Erdöl-, Bau- und Bankkonzernen und SanaGol (einem staatlichen angolischen Unternehmen) finanzierte Wiederaufbau konzentriert sich auf Luanda, hat jedoch auch in Provinzstädten wie etwa Huambo beachtliche Erfolge zu verzeichnen. Vor allem die in den Erdölfeldern vor der Küste erzielten Einkünfte ermöglichen den Bau von Überlandstraßen, Flughäfen, Eisenbahnen, Schulen, Krankenhäusern etc. Andererseits ist die sozio-ökonomische Situation von zwei Dritteln der Bevölkerung desolat. In Luanda grenzen modernste Bürohochhäuser an Armenviertel ohne Strom und sauberes Trinkwasser, in denen mehrere Meter hohe und viele Jahre alte Müllflüsse ähnlich »erkalteter Lava« (Thomas Scheen) Wohngebiete eingrenzen. Angola erreicht auf dem Human Development Index einen kläglichen 162. Rang unter 177 untersuchten Ländern.

Bei Kriegsende erhoffte sich die angolische Regierung eine Art Marshall-Plan. Die angesprochenen westlichen Geber, in deren Augen die Regierung schon damals hochkorrupt war, forderten sie deshalb auf, zunächst u.a. eine Strategie zur Armutsbekämpfung vorzulegen und für Transparenz bei der Verwendung der Einnahmen aus der Erdölförderung zu sorgen. Da sich dann aber mit dem rohstoffhungrigen China ein attraktiver Partner für die entwicklungs- und wirtschaftspolitische Zusammenarbeit anbot, konnte Angola die westlichen Forderungen ignorieren. Ähnlich wie im Sudan und in Simbabwe verzichtet China, anders als der Westen, auch in Angola auf eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten, etwa im Sinn »guter Regierungsführung«. Im März 2004 gewährte es Luanda zu außerordentlich günstigen Bedingungen einen auch im Westen stark beachteten Kredit in Höhe von 4,4 Mrd. US-Dollar. Dessen Probleme liegen auf der Hand: Auch er ist liefergebunden. Die so finanzierten Bauaufträge gehen wohl ausschließlich an chinesische Firmen. Letztere beschäftigen bis hinab auf die Stufe von Hilfsarbeitern fast nur Chinesen. Das gesamte Land wird mit chinesischen Billigprodukten überschwemmt. Sie werden, bis hinunter zum Straßenhandel, vorzugsweise von chinesischen Händlern veräußert. Im Nachbarland Sambia ist es bereits zu gewalttätigen Protesten von Einheimischen gegen chinesische Firmenleitungen gekommen, denen sie Ausbeutung vorwerfen. Es bleibt abzuwarten, ob das fernöstliche Engagement Angola wirklich Entwicklung und Stabilität bringen wird.

## Mosambik: Hoffnungsschimmer inmitten von Armut?

In Mosambik, einem armen Landstreifen im südöstlichen Afrika, war der Abzug Portugals im Juni 1975 ungleich einfacher als in Angola. Denn es gab nur eine Befreiungsbewegung, der Lissabon die Regierungsverantwortung übertrug. Auch Mosambik war auf die Unabhängigkeit völlig unvorbereitet, und nach der Massenflucht der Portugiesen konnte es auf eine viel geringere schwarze Elite als in Angola bauen. Zudem fehlte hier die ökonomisch wichtige Schicht der Mischlinge. Die Herrschaft der marxistischen Frente da Libertação de Moçambique (FRELIMO) wurde außerdem durch die Widerstandsbewegung Resistência Nacional Moçambicana (RENAMO) belastet. Sie war als bewaffnete Miliz von den rhodesischen und südafrikanischen Minderheitsregimen ins Leben gerufen worden, um die von Mosambik aus operierenden Befreiungsbewegungen Zimbabwe African National Union (ZANU) und African National Congress (ANC) vor Ort zu bekämpfen. Später konnte die RENAMO lokale Gefolgschaft rekrutieren (insbesondere unter den Ndau und Sena in den zentralen Provinzen des Landes) und wurde zu einer ernstzunehmenden Partei.

Mit dem Machtwechsel in Simbabwe und dem sich anbahnenden Umbruch in Südafrika wurde es dem römischen Laienorden St. Egidio und der italienischen Regierung 1992 ermöglicht, nach 30 Jahren Krieg einen Friedensschluss zu vermitteln. Seither finden in Mosambik regelmäßig Parlaments- und Präsidentschaftswahlen statt. Mangels einer ernsthaften Alternative gewinnt die als »Staatspartei« auftretende FRELIMO regelmäßig deutlich. Mit ökonomischen Anreizen und internationalem Druck wurden die RENAMO-Führer davon abgehalten, dem Vorbild der angolischen UNITA zu folgen und wieder im Busch die Waffen zu ergreifen. Im Unterschied zu Angola wurde das Militär massiv verkleinert. Die gering budgetierte Armee zählt nur noch etwa 8.000 Mann. Bei der Luftwaffe sind kaum mehr Flugzeuge einsatzfähig.

Vorbildlich ist das Modell Mosambik sicherlich nicht. Die Korruption gilt als endemisch und muss von Investoren als feste Größe hingenommen werden. Auch wenn große Skandale aufgedeckt werden, bleiben die Verantwortlichen häufig im Amt oder werden allenfalls versetzt. Die zur Bekämpfung der Korruption eingerichtete Behörde gilt als wirkungslos. Bei den Wahlen 1999 und 2004 wurden offenkundig Wahlergebnisse manipuliert, doch der verantwortliche staatliche IT-Chef konnte sich noch

bis 2008 halten. Offene Menschenrechtsverletzungen und politische Morde kommen inzwischen seltener als früher vor. Doch hat der seit 2004 amtierende Staatspräsident Armando Guebuza die FRELIMO noch stärker als autoritäre »Staatspartei« profiliert.

Anders als Angola arbeitet das arme Mosambik seit 1992 eng mit dem IWF und der Weltbank zusammen, um das bei Kriegsende ärmste Land der Welt wiederaufzubauen. Wenn dort heute von einem sehr beachtlichen Wirtschaftswachstum gesprochen wird, so darf nicht aus den Augen verloren werden, dass das Ausgangsniveau sehr niedrig war. Wie auch in Angola, so behindern Minenfelder die traditionelle Subsistenzwirtschaft. Bemerkenswerte Fortschritte gibt es im Bergbau und bei der Gewinnung von nach Südafrika exportierter Energie. Große Beachtung fand der Bau der Aluminiumschmelze Mozal, eines technologieintensiven Unternehmens, das nur wenige Einheimische beschäftigt. Schließlich sind landwirtschaftliche Exportgüter wie Cashewnüsse, Tabak und Baumwolle wieder vermehrt auf dem Markt.

Über 50 Prozent der Bevölkerung leben in den wenigen Städten – neben, in und nicht selten von Abfallbergen und aus Müllcontainern unterhalb der Armutsgrenze. In ländlichen Regionen ist die Armut häufig noch größer. Hier haben die Menschen in den letzten 15 Jahren kaum Verbesserungen gesehen, und Naturkatastrophen wie Überschwemmungen sorgen in dem von Klimaeinflüssen besonders abhängigen Land für zusätzliche Härten. Makaber ist, dass die Weltbank Anfang 2008 die Entwicklung Mosambiks als »eine der großen Erfolgsgeschichten in der Welt« ausmachte. Nur kurze Zeit später kam es in der Hauptstadt Maputo und anderen Städten zu einer wahren Revolte der Armen, die von der »Lumpen-Jugend« (Lothar Berger) getragen wurde. Sie fühlen sich vom Staat im Stich gelassen und antworten mit gewaltsamen Protesten. Der Zorn richtet sich oft gegen frühere Freiheitskämpfer, die trotz der Armut des Landes reich geworden sind. Viele Bürger suchen inzwischen Zuflucht in der Kriminalität; im Gegenzug kommt es zu brutaler Lynchjustiz. Trotz seiner makroökonomischen Erfolgsdaten bleibt Mosambik ein fragiles Land.

## Dauerkrise in Simbabwe

Ende 1979 wurde der 13 Jahre alte Bürgerkrieg in Südrhodesien zwischen dem weißen Minderheitsregime und den untereinander zerstrittenen Befreiungsbewegungen unter Vermittlung der früheren Kolonialmacht Großbritannien am Verhandlungstisch beigelegt. Im Folgejahr wurde das Land unter dem Namen Simbabwe unab-



Mosambiks Staatspräsident Armando Guebuza beim Weltwirtschaftsgipfel.

hängig. Der neue Premierminister und ab 1987 exekutive Staatspräsident Robert Mugabe wusste, dass er zunächst nur einen geringen politischen Spielraum hatte: Das kriegszerstörte Land war von westlicher Wiederaufbauhilfe abhängig, und die Apartheidregierung im benachbarten Südafrika stand Gewähr bei Fuß, um gegebenenfalls zur Absicherung eigener Interessen militärisch einzugreifen. Mugabe beachtete in den 1980er Jahren die in Lancaster House ausgehandelte demokratische Verfassung, bot investitionsfreundliche Rahmenbedingungen, trieb mit den reichlich fließenden internationalen Hilfgeldern die Entwicklung des Landes voran und ließ die ökonomisch aktive weiße Minderheit in Ruhe arbeiten.

Doch zeigte Mugabe schon damals sein wahres Gesicht: Der mit brutaler Repression und Aushungerung erzwungene Anschluss der von Matabele getragenen Partei Patriotic Front (Zimbabwe African People's Union) an seine von Schona dominierte Mehrheitspartei Zimbabwe African National Union-Patriotic Front (ZANU-PF) kostete in den Jahren 1983-87 mindestens 10.000 Menschen das Leben. Die internationale Gemeinschaft sah mit Ausnahme der katholischen Kirche über die Massaker hinweg und trägt damit eine wesentliche Mitschuld an der Verfestigung der Repression in Simbabwe. Heute fürchten Mugabe und andere hohe Repräsentanten des Regimes, für die damaligen Verbrechen strafrechtlich zur Verantwortung gezogen zu werden und halten daher umso hartnäckiger an der Macht fest.

In den 1990er Jahren erhielt die »Erfolgsgeschichte Simbabwe« zunehmende

Risse. Die ZANU-PF verkam zur skandalbehafteten Selbstbereicherungsorganisation, angeführt vom Staatspräsidenten und seinem Familienklan. 1997 erpressten militante »Kriegsveteranen« hohe Zahlungen vom Staat, 1998 schritt die Armee gegen gewaltsame Protestkundgebungen und Plünderungen verarmter Bürger ein. Im selben Jahr griff die Regierung im kongolesischen Bürgerkrieg ein, um sich einträgliche Rohstoffvorkommen zu sichern – es verdienten freilich in erster Linie hohe Armeeoffiziere und Parteifunktionäre. Der vierjährige Kriegseinsatz verlangte dem Land und seinen Bürgern hohe Opfer ab und beschleunigte den Abstieg der auch durch äußere Einflüsse angeschlagenen Wirtschaft.

Als sich mit dem Movement for Democratic Change (MDC) erstmals eine chancenreiche Opposition konstituierte und der Regierung im Februar 2000 bei einem Referendum eine Niederlage beibrachte, griff Mugabe zu brutaler Unterdrückung, um in den Wahlen von 2000, 2002 und 2005 siegreich zu bleiben. Zu Sündenböcken erklärte er die frühere Kolonialmacht Großbritannien und die weißen Staatsbürger. Deren Farmen wurden nun enteignet, in der Regel entschädigungslos und bisweilen unter Einsatz brutaler Gewalt. Mit der »Landreform« suchte Mugabe zu seinen revolutionären Wurzeln zurückzukehren und die zunehmende Zahl verarmter Schwarzer für sich zu mobilisieren. Doch bereicherten sich an den enteigneten Farmen wiederum in erster Linie Parteifunktionäre. Wenn Kleinbauern Parzellen zur Bewirtschaftung erhielten, wurden sie in der Regel nicht mit Saatgut, Dünger und Kapital unterstützt. Hunderttausende schwarze Farmarbeiter und Familienangehörige wurden arbeitslos, und aus dem einstigen Nahrungsmittelexporteur Simbabwe wurde ein Nahrungsmittelimporteur. Mangels Devisen ist die Zahl der hungernden Bürger 2008 auf über fünf Millionen angestiegen.

Im Jahr 2008 lebten bereits mehr als drei von 13 Millionen Bürgern aus politischen und/oder ökonomischen Gründen im Ausland. Die Wirtschaft ist ins Bodenlose abgestürzt: 1996 war das Bruttoinlandsprodukt noch mit 7,3% gewachsen, die Inflation hatte 21,4% betragen. Seit 2000 schrumpft das Bruttoinlandsprodukt kontinuierlich, und die gallopernde Inflation erreichte im Juli 2008 den unglaublichen Wert von 231 Mio. Prozent pro Jahr. Die Arbeitslosigkeit wird heute auf 80% taxiert. 1992 hatten noch 72% aller Schüler den höchsten Schulabschluss (das A-Level) erreicht, 2006 waren es gerade einmal 11%. Armut und Hunger halten Kinder vom Schulbesuch fern, Bücher sind kaum mehr vorhanden, und das Lehrpersonal wird so schlecht und unregelmäßig bezahlt, dass es zu umfangreichen Nebentätigkeiten ge-



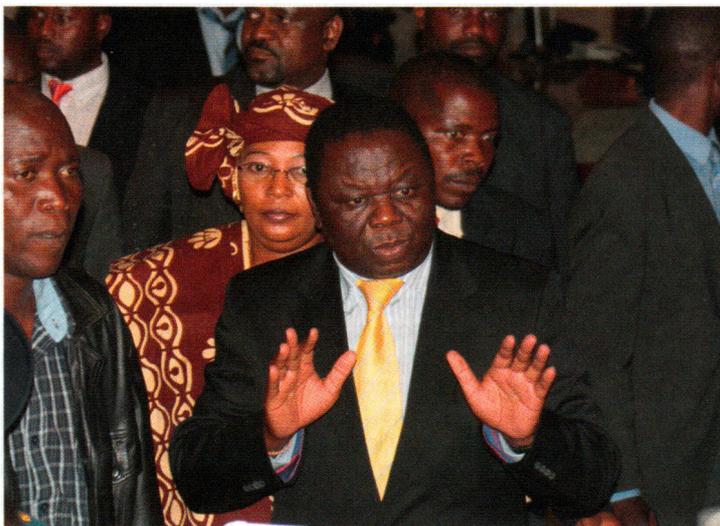
Robert Mugabe, Staatspräsident von Simbabwe.

zwungen ist – manche Lehrerinnen finanzieren das Überleben ihrer Familien gar mit Prostitution. Mangelernährung, verfallende Gesundheitseinrichtungen und HIV/Aids haben die Lebenserwartung von 58 Jahren (1997) auf 39,5 Jahre (2007) gesenkt. Den Kollaps des Landes verhinderte das Nachbarland Südafrika, dessen Staatspräsident Thabo Mbeki immer wieder politische und ökonomische Unterstützung gewährte.

Im Jahr 2007 machte sich in der ZANU-PF erstmals Unmut bemerkbar. Nur mit Mühe gelang es dem von den Sicherheitskräften gestützten Mugabe, die auch von Mbeki favorisierte Verjüngung der Partei abzuwenden. Der von den Reformern unterstützte Nachfolgekandidat Simba Mako-ni entschloss sich daraufhin, bei der Präsidentschaftswahl 2008 als unabhängiger Kandidat anzutreten und wurde umgehend aus der ZANU-PF ausgeschlossen.

Im Vorfeld der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen von Ende März 2008 machte der international zunehmend unter Druck geratende Mugabe einige Konzessionen. So ließen die Sicherheitskräfte erstmals landesweit Kundgebungen der Opposition zu, und die Wahlergebnisse wurden sofort nach Auszählung an den Wahllokalen öffentlich angeschlagen. Trotz mannigfaltiger Benachteiligungen war damit der Sieg der Opposition nicht aufzuhalten. In der Unterhauswahl erzielten die beiden MDC-Fraktionen zusammen

109 Sitze gegenüber 99 für die ZANU-PF. Insbesondere im ländlichen Osten (Manicaland) und Südosten (Masvingo) musste die Regierungspartei hohe Verluste hinnehmen. Nun schalteten Mugabe und die Hardliner in den Sicherheitskräften wieder auf stur: Die Bekanntgabe der Ergebnisse der Präsidentschaftswahl wurde entgegen der Verfassung über viele Wochen verzögert. Schließlich hatte der aus der Gewerkschaftsbewegung stammende Oppositionsführer Morgan Tsvangirai die Mehrheit in der Präsidentschaftswahl mit 47,9% offiziell knapp verfehlt, während er selbst mit Bezug auf die addierten Ergebnisse in den Wahllokalen einen Stimmenanteil von 50,3% für sich reklamierte. Entgegen den Ratschlägen des Vermittlers der Staatengemeinschaft des Südlichen Afrika, Thabo Mbeki, und innerparteilicher Reformier



Oppositionsführer Morgan Tsvangirai.

überließ der 84-jährige Mugabe nicht Mako-ni das Feld für die Stichwahl am 27. Juni, sondern beharrte auf seiner Kandidatur. Während des Wahlkampfs schüchterten Armee, Polizei, »Kriegsveteranen« und Jugendmilizen oppositionsnahe Regionen brutal ein (»Operation Mavhoterapapi«, d.h. Was hast Du gewählt?). Kundgebungen Tsvangirais wurden systematisch verboten; sein Parteiapparat wurde durch Verhaftungen und Beschlagnahmen entscheidend geschwächt. Selbst Mugabe-freundliche afrikanische Wahlbeobachter waren über das Ausmaß der Gewalt schockiert. Schließlich zog Tsvangirai seine Kandidatur unter Protest zurück. Mugabe erklärte sich mit 85,5% in der Stichwahl zum Sieger und ließ sich umgehend vereidigen.

Die westliche Welt lehnte freilich die Legitimität seiner Wiederwahl brüsk ab und auch in Afrika bröckelte nun Mugabes Rückhalt. Staaten wie Botswana, Kenia und Sambia forderten ein Machtteilungsabkommen mit exekutiver Macht für den eigentlichen Wahlsieger Tsvangirai. Hierfür bietet sich die Wiedereinführung des Amtes des Premierministers an. Erneut zeigte sich Mugabe als Meister der Taktik: Geschickt hielt er Tsvangirai monatelang hin, spielte die beiden MDC-Flügel gegeneinander aus und erreichte schließlich am 15. September die gemeinsame Unterzeichnung eines vage formulierten Abkommens, das mehr Probleme aufwirft als löst. So wurde die ökonomisch desaströse »Landreform« bestätigt. Sowohl Staatspräsident Mugabe wie Premierminister Tsvangirai erhalten exekutive Kompetenzen – ersterer steht einem »Kabinett« mit Richtlinienkompetenz vor, letzterer einem personalidentischen »Ministerrat« zur Politikausführung. Das Abkommen regelt nicht die Aufteilung der Ministerämter, und Mugabe machte bald deutlich, dass er alle Schlüsselressorts für sich beansprucht, so

das Innen-, Außen-, Finanz-, Justiz- und Verteidigungsministerium. Mugabe setzt darauf, Tsvangirai bei der Wiederankurbelung der Wirtschaft und der Einholung ausländischer Hilfsgelder zu instrumentalisieren (ggf. auch zu zermürben), ohne selbst das Heft aus der Hand geben zu müssen. Ende Oktober war noch keine Regierung zustande gekommen. Tsvangirai kündigte nun an, möglicherweise von dem Abkommen zurückzutreten und international überwachte Neuwahlen zu fordern.

Die uneinige und organisatorisch schwache Opposition dürfte freilich kaum in der Lage sein, Mugabes Vorherrschaft

ernstlich zu gefährden. Weder gelingen ihr großangelegte Streiks oder Massenaktionen noch könnte sie das Gewaltmonopol der Regierung in Frage zu stellen. Beim einflussreichen Nachbarn Südafrika musste Mugabes Mentor Thabo Mbeki Ende September als Staatspräsident zurücktreten. Dessen aus der Gewerkschaftsbewegung kommender Nachfolger Kgalema Motlanthe gilt als weniger Mugabe-freundlich, wird aber ebenfalls nicht versuchen, den bei armen südafrikanischen Schwarzen beliebten Mugabe aktiv zu unterminieren.

Möglicherweise wird ein politischer Umbruch eher von der Regierungspartei und den Sicherheitskräften als von der Opposition angestoßen werden. In der ZANU-PF hält bislang der Mugabe-Gefolgsmann Emerson Mnangagwa das Heft in der Hand. Er hat eine Allianz mit den Chefs von Armee, Polizei, Geheimdienst und Gefängniswesen begründet und hofft, in einigen Jahren Nachfolger Mugabes zu werden. Doch formiert sich Widerstand unter dem einflussreichen ehemaligen Guerillaoberkommandeur Solomon Mujuru und seiner Ehefrau Joyce Mujuru (derzeit 2. simbabwesche Vizepräsidentin). Sie setzen auf eine Verjüngung der Partei und förderten diskret die Kandidatur des früheren Finanzministers Makonis. Auch der als kompromissbereit geltende Gouverneur der Zentralbank Gideon Gono wäre ein möglicher Nachfolger. Inwieweit das finanzstarke Mujuru-Lager eine wirkliche Demokratisierung anstrebt, bleibt freilich abzuwarten.

Zahlreiche hohe Offiziere verdanken Solomon Mujuru ihren Aufstieg. Er verfügt über beträchtlichen Einfluss in der nominell 35.000 Mann starken Armee. Ungeachtet ihrer erheblichen Finanz-, Material- und Treibstoffengpässe könnte den Streitkräften eine Schlüsselrolle im politischen Machtkampf zukommen. Über den Nationalen Sicherheitsrat und das darunter angesiedelte Joint Operations Command (JOC) aller Sicherheitsinstitutionen sind sie in den politischen Prozess eingebunden. Es mehren sich Anzeichen für eine Mugabe-kritische Haltung. Als Mugabe-erben gilt nur die als Präsidentengarde fungierende Brigade (ca. 6.000 Mann).

In der ZANU-PF brechen außerdem Auseinandersetzungen zwischen Matabele und Schona auf. Im Matabeleland kam es bereits zu Zusammenstößen beider Gruppen. Eine Kristallisationsfigur für unzufriedene Matabele ist der 2008 aus der ZANU-PF ausgeschlossene frühere Innenminister Dumiso Dabengwa. Möglicher Sympathisant solcher Bestrebungen ist der 1. simbabwesche Vizepräsident Joseph Msika, ein Matabele.

Politisch und wirtschaftlich wirkt sich die Krise in Simbabwe destabilisierend auf das gesamte südliche Afrika aus. Ihre Beilegung dürfte sich noch hinziehen und schmerzliche Opfer fordern. Die alte Elite wird ihren Widerstand gegen Machtveränderungen nur dann aufgeben, wenn sie vor Strafverfolgung geschützt wird und materielle Garantien zugestanden bekommt. Im Machtteilungsabkommen sind solche Garantien nicht vorgesehen. Eine Hypothek bilden die radikalisierten, unter Mugabe aufgestellten bzw. geförderten Milizien (National Youth Service, genannt »green bombers«, und »Kriegsveteranen«). Doch dürften die simbabweschen Sicherheitskräfte noch über genug Macht und Autorität verfügen, um diese Gruppierungen zu entwaffnen und aufzulösen.

Angesichts des wirtschaftlichen Potenzials des Landes, des vergleichsweise hohen Ausbildungsstands, der zwar vernachlässigten, aber im Grunde intakten Infrastruktur und Verwaltung sowie der überraschend geringen Gewaltbereitschaft der Bürger könnte Simbabwe jedoch unter einer fähigen und energischen Regierung vergleichsweise schnell wieder auf die Beine kommen. Ungleich schwerer wird es dem durch Gewaltkriminalität, Verfall staatlicher Institutionen und eskalierenden sozialen Protest gekennzeichneten Südafrika fallen, zu Stabilität zurückzufinden. ■

(Fortsetzung in Ausgabe Januar 2009)

**Dr. Martin Pabst**, Büro Forschung & Politikberatung, München  
und **Dr. Klaus Frhr. von der Ropp**, African Consulting, Potsdam.



## Die führende Zeitschrift für die sicherheitspolitische Community

Politik • Streitkräfte • Wirtschaft • Technologie

- Die Leser erhalten jeden Monat analytisch und umfassend
- die Sicherheitspolitik der Bundesrepublik überschaubar präsentiert
  - die Einschätzungen zur Sicherheitspolitik und der internationalen Situation aus Sicht der europäischen sowie außereuropäischen Entscheidungen dargestellt
  - die Wechselbeziehungen von Politik, Verteidigung, Wirtschaft und Technologie im Gesamtrahmen unserer Sicherheitspolitik verständlich erläutert.

**Gute Gründe, diese Zeitschrift ständig zu lesen!**

- Ich bestelle ein **Europäische Sicherheit**-Probeabonnement. Bitte senden Sie mir drei Ausgaben zum Sonderpreis von € 12,00. Sollte ich nicht nach Erhalt der dritten Ausgabe widerrufen, bin ich mit einer weiteren Belieferung im Abonnement einverstanden.
- Ich abonniere ab sofort für mindestens ein Jahr die **Europäische Sicherheit** zum Jahresabonnementpreis von € 63,50 inkl. Versandkosten.

Ich zahle wie angekreuzt:

Bequem und bargeldlos durch Bankeinzug

Nach Erhalt der Jahresrechnung

Ich bin der neue Abonnent

BLZ:

Name/Vorname:

Kto-Nr.:

Straße/Nr.:

Geldinstitut:

PLZ/Ort:

Datum/Unterschrift:

Datum/Unterschrift:

Bestellung bitte an: Verlagsgruppe Koehler/Mittler, Hochkreuzallee 1, 53175 Bonn

**Koehler/Mittler**  
www.koehler-mittler.de